

Aktuell. Detailliert. Fundiert.

Wirtschaft Konkret Nr. 417



EULER HERMES
Kreditversicherung

Die Zukunft Deutschlands

Bildung und Demografie im Wandel

Inhalt

417 Die Zukunft Deutschlands

3	Editorial	13	Ist die Apokalypse unausweichlich?	20	Beispiele für den Umgang mit „Alten“
		13	Die Einstellung muss sich ändern	20	Demografie-Beauftragte in Bielefeld
4	Ein schrumpfendes Volk	14	Familie und Gesellschaft	20	Die Initiative 50plus
4	Die Apokalypse droht	15	Soziales und Arbeitsplätze	21	Senioren im Feuerwehr-Einsatz
6	Immer weniger Kinder				
8	Die Lebenserwartung steigt	16	Die zentrale Rolle der Bildung		
9	Zuwanderung als Ventil	16	In die Jungen investieren		
10	Die Folgen der Schrumpfkur	17	PISA und andere Versäumnisse	22	Weiterführende Links
		18	Deutschland fällt zurück	22	Literatur
		18	Demografie als Chance		
11	Auch die Welt verändert sich	19	Lebenslanges Lernen als Ziel		
11	Nicht nur Deutschland ist gefordert			23	Anhang
12	Das Beispiel China				
12	Das Beispiel Frankreich				

Impressum

„Wirtschaft Konkret“ ist eine Veröffentlichung der Euler Hermes Kreditversicherungs-AG, Friedensallee 254, 22763 Hamburg.

Verantwortlich: Hans Joachim Kasperski, Euler Hermes Kreditversicherungs-AG. **Redaktion:** Rainer Hupe Kommunikation, Hochallee 77, 20149 Hamburg.

Layout: Type Art Team Detlef Rögner GmbH, Kieler Straße 1, 25451 Quickborn.

Informationen nach bestem Wissen, jedoch ohne Gewähr. Nachdruck (auch auszugsweise) nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Stand: Juni 2008

Editorial



Bildung und Demografie

Kein Schicksal, sondern politische Herausforderung

Horrorszenarien und Untergangspropheten gab es schon reichlich. Deutschland, eine sterbende Gesellschaft, im Griff der Alten, geprägt von Verteilungskämpfen und im internationalen Wettbewerb mit den aufstrebenden jungen asiatischen Nationen ohne Chance. So sieht die Zukunft aus, wenn nicht mehr Kinder geboren werden, die das Sozialprodukt mehren können. Und da die Geburtenraten sich nur sehr langfristig, wenn überhaupt, verändern, scheint das demografische Urteil gesprochen zu sein – unausweichlich!

Doch langsam wendet sich das Blatt. Immer mehr Stimmen werden laut, die Deutschlands demografische Entwicklung, also die Tatsache, dass die Bevölkerung bis zur Mitte des Jahrtausends deutlich schrumpfen und altern wird, als Chance begreifen. Weniger Menschen haben mehr Platz, einen größeren Anteil am Volksvermögen, sie müssen keineswegs verarmen. Sie müssen nur mehr leisten, also produktiver sein.

Das Schlüsselwort dafür heißt Bildung. Der Wandel zur Wissensgesellschaft ist der Megatrend für reife Industriegesellschaften, um sich im globalen Wettbewerb des 21. Jahrhunderts zu behaupten. Er ist es umso mehr für schrumpfende und alternde Gesellschaften, denn nur mit Bildung und Wissen können sie ihre Produktivität steigern und Arbeitsbedingungen schaffen, in denen Menschen auch im hohen Lebensalter arbeiten können. Bildung bedeutet genauso frühkindliche Erziehung wie Universitätsausbildung und – vor allem – lebenslanges Lernen.

Doch die Voraussetzungen dafür sind in Deutschland derzeit nicht besonders gut. Zu wenig Geld wird in Kindergärten, Schulen und Universitäten investiert, es gibt zu wenige Hochschulabsolventen, zu wenig Spitzenleistungen, zu wenig Innovationen. Der PISA-Schock hat das Bewusstsein verändert, die Politiker sind aufgeschreckt und handeln. Sie wissen: Mit den richtigen Investitionen in Bildung ist der demografische Wandel kein unausweichliches Schicksal, sondern eine politische Herausforderung. Immerhin!

*Rainer Hupe
Chefredakteur*



Ein schrumpfendes Volk

Die Apokalypse droht

Anfang 2007 bot das ZDF den Deutschen ein eindrucksvolles Schauspiel. An drei Abenden führten die Fernsehmacher der Bevölkerung in drastischen Bildern vor Augen, was angeblich in gar nicht allzu ferner Zukunft an Horrorszenarien droht. Die so genannte Doku-Fiktion „2030 – Aufstand der Alten“, eine Mischung aus Dokumentation und fiktivem Fernsehspiel, zeichnete ein düsteres Bild zukünftiger Verhältnisse: Obdachlose Greise schlagen sich als Fensterputzer durch und vegetieren in verwaehrten Schlafhallen vor sich hin, Krankenkassen zahlen, wenn überhaupt, nur noch billigste Medikamente, Kinder, die das Geld für den Unterhalt der pensionierten Eltern nicht haben, überreden diese, sich einschläfern zu lassen. Die Bedingungen für „freiwilliges Frühableben“ sind längst gesetzlich geregelt.

Notleidende Rentner plündern Banken und Apotheken, für sie gibt es spezielle geriatrische Gefängnisse, in denen ebenfalls nicht gerade menschen-

würdige Verhältnisse herrschen. Um dem ganzen Elend zu entgehen, übertragen immer mehr Rentner ihre karge Grundrente dubiosen Firmen, die ihnen dafür einen Lebensabend unter südlicher Sonne versprechen. Das ist natürlich ein Riesenschwindel und deshalb erzählt die Rahmenhandlung der Sendung davon, wie eine junge Reporterin des ZDF versucht, diesen aufzudecken.

Der Film solle „aufklären und aufrütteln, damit es nicht zum vielfach prognostizierten Krieg der Generationen kommt“, erklärte ZDF-Chefredakteur Nikolaus Brender zur Ausstrahlung, die ein riesiges Echo in Deutschland auslöste. Die anschließenden Diskussionen prägten weitere drastische Bilder. So prophezeite ein Diskutant: „Die Industrie stellt sich auf mangelnde Betreuung in Heimen ein, indem sie Windeln herstellt, die bis zu 3,8 Liter Flüssigkeit aufnehmen können.“

Der Fernsehfilm war der vorläufig letzte Höhepunkt einer ganzen Reihe von Publikationen in den vergangenen Jahren, die Deutschlands Zukunft im

21. Jahrhundert in den düstersten Farben ausmalen. Schon 2001 skizzierte der Bielefelder Bevölkerungswissenschaftler Herwig Birg die drohende Entwicklung in seinem Buch „Die demographische Zeitenwende“ und warnte vor den Folgen einer schrumpfenden und alternden Bevölkerung. 2005 legte er nach mit seinem Buch „Die ausgefallene Generation. Was die Demographie über unsere Zukunft sagt“.

Der Bonner Sozialforscher Meinhard Miegel sagte in seinem 2003 erschienenen Werk „Die deformierte Gesellschaft“ ernsthafte Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft voraus. „Der Sozialstaat deutscher Prägung“ sei dem Untergang geweiht, prophezeit der Autor.

Richtig Furore mit den Schrecken der demografischen Entwicklung machte Frank Schirmacher, Herausgeber der FAZ. Fast eine halbe Million Mal verkaufte er sein 2004 erschienenes Buch „Das Methusalem-Komplott“ und lieferte damit Stoff für viele Diskussionen im Fernsehen und in öffentlichen Foren. „Kassandra hat Konjunktur“, schrieb der

Spiegel in einem Sonderheft zum Thema, „und das Bild einer freudlosen Zukunft hat sich in den Menschen festgesetzt.“

Die einschlägigen Autoren beschreiben alle die gleiche bedrohliche Entwicklung: Weil nicht nur die Bevölkerung schrumpft, sondern es zugleich immer mehr Alte und immer weniger Junge gibt, gerät der so genannte Generationenvertrag aus den Fugen. Renten, Pflege, medizinische Versorgung – alles nicht mehr zu bezahlen. Da ist vom „Aussterben der Deutschen“ die Rede, mindestens von der „Vergreisung der Gesellschaft“, und hin und wieder tickt auch die „Zeitbombe Bevölkerungsschwund“.

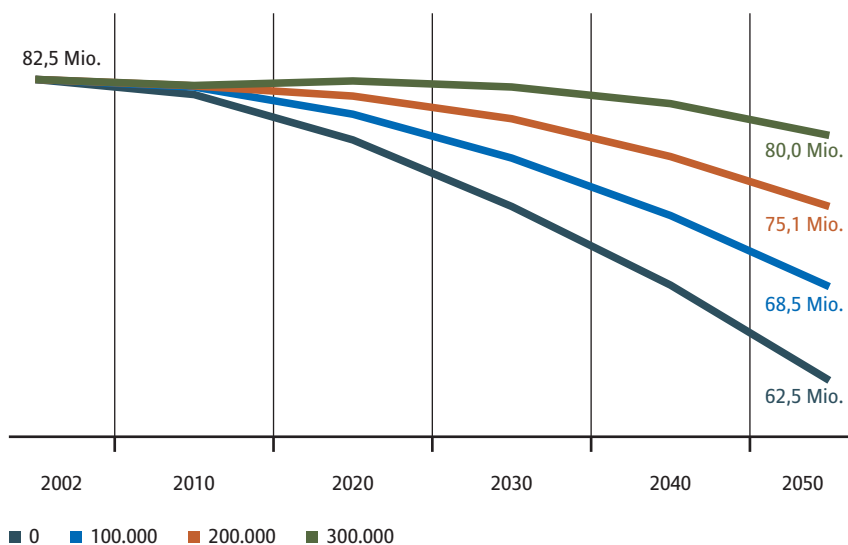
Etwas weniger dramatisch formuliert geht es bei dem Thema um den demografischen Wandel in Deutschland und seine Folgen. Die Bevölkerungswissenschaft, also die Demografie, berechnet auf der Grundlage der bisherigen Trends die künftige Bevölkerungsentwicklung relativ genau und umso exakter, je weiter der Prognosehorizont in der Zukunft liegt.

Der Weg ist damit heute ziemlich genau vorgegeben und relativ klar nachzuvollziehen:

- Bis 2030 verringert sich die Bevölkerung in Deutschland von jetzt 82,4 Millionen auf dann noch gut 77 Millionen, in den folgenden 20 Jahren auf 68 Millionen bei einem Wandlungssaldo von 100.000. Ohne Zuwanderung wie bisher wären es noch einmal 6 Millionen Menschen weniger.
- Die Zahl der Jugendlichen nimmt bis 2050 von heute knapp 18 Millionen auf weniger als 10 Millionen ab, die der über 80-Jährigen verdreifacht sich.
- Wollte man den Altersquotienten des Jahres 2000 erhalten, müssten ungefähr 180 Millionen Menschen nach Deutschland einwandern, so Schirmmacher in seinem Buch „Das Methusalem-Komplott“.

Dabei geht es vor allem um drei Größen: die Geburtenrate, die Lebenserwartung und die Bilanz der Zu- und Abwanderung.

Bevölkerungsentwicklung in Deutschland*



* Bevölkerungsentwicklung in Mio., Geburtenhäufigkeit konstant bei 1,4, mittlere Lebenserwartung, Zuwanderungssaldo 0 bis 300.000 pro Jahr. Quelle: destatis; Stand: 2007





Immer weniger Kinder

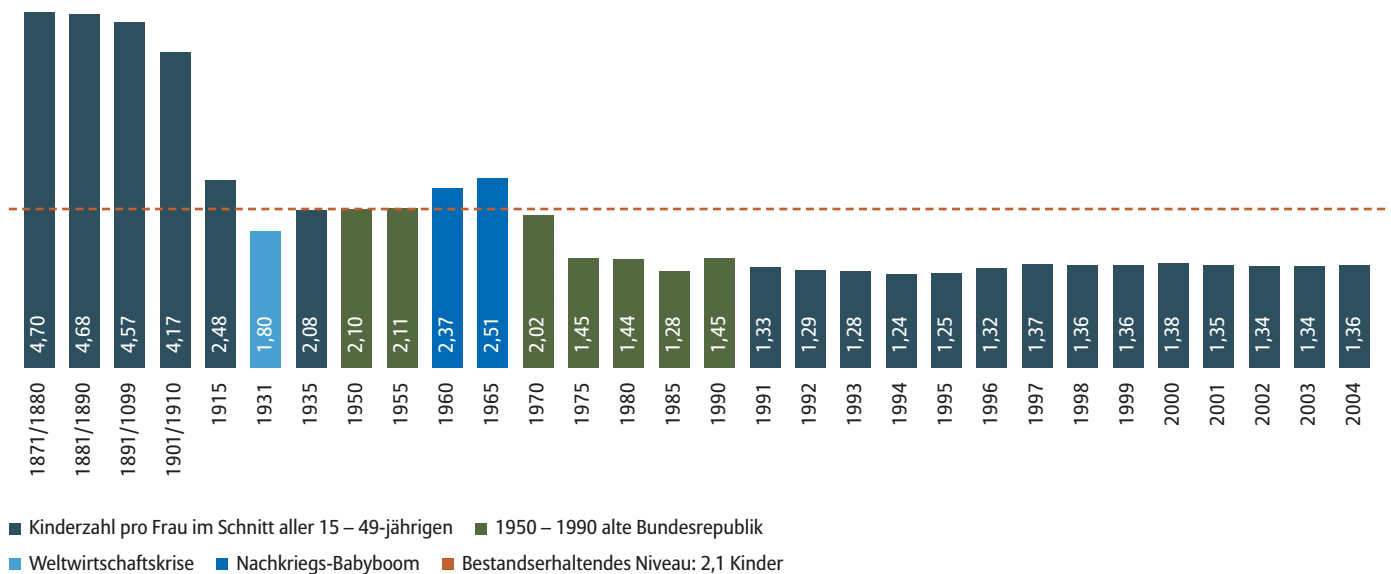
Wenn hierzulande über Geburtenzahlen diskutiert wird, dann macht häufig ein Bonmot die Runde: Deutschland habe „die niedrigste Geburtenrate der Welt, ausgenommen den Sonderfall Vatikanstaat“. Doch das ist falsch, denn Deutschland liegt im europäischen Durchschnitt. Allein in der EU haben 10 der 25 Staaten eine niedrigere Geburtenziffer, etwa Italien, Spanien, Polen oder Tschechien.

Was allerdings stimmt, ist die Tatsache, dass die durchschnittliche statistische Zahl mit 1,36 Kindern je Frau in Deutschland 2004 so niedrig war wie nie zuvor. „Das sind deutlich weniger als jene 2,1 Kinder, die für eine stabile Bevölkerungszahl notwendig wären“, schreibt das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung in seinem 2006 erschienenen Report „Die demografische Lage der Nation“. Und weil die Geburtenziffer seit mehr als drei

Jahrzehnten auf einem solch niedrigen Niveau stagniert, ist seitdem jede Generation von Kindern um ein Drittel kleiner als die ihrer Eltern. Dadurch beschleunigt sich der Schwund von Jahr zu Jahr.

Hinter den statistischen Daten verbirgt sich allerdings eine Vielzahl verschiedener Entwicklungen. Ganz allgemein gilt, was der Berliner Familiensoziologe Hans Bertram feststellt: „Die Kinderwünsche sind bei jungen Erwachsenen deutlich zurückgegangen.“

Die Geburtenrate in Deutschland



Quelle: Statistisches Bundesamt; Stand: 2007



Immer weniger

Seit dem Babyboom ist die Zahl der Kinder in Deutschland um fast die Hälfte gesunken.

Seit Jahrzehnten nimmt in Deutschland die Zahl der Kinderlosen zu. Noch 1990 hatten 57 Prozent der Frauen unter 30 Jahren Kinder, heute sind es 29 Prozent. 30 Prozent der Männer im Alter zwischen 40 und 45 sind kinderlos, vor 35 Jahren waren es gerade einmal 16 Prozent. Dabei resultiert der Rückgang der Geburtenzahlen nicht nur aus der Kinderlosigkeit, sondern ist auch eine Folge des Verschwindens von Familien mit mehreren Kindern. Frauen mit hohen Bildungsabschlüssen haben tendenziell besonders wenige Kinder.

Vor der Wende gab es ein deutliches Ost-West-Gefälle. In Ostdeutschland lagen die Geburtenziffern deutlich über denen in Westdeutschland, fielen nach der Vereinigung jedoch auf den niedrigsten weltweit gemessenen Wert von 0,8 Kindern pro Frau im Jahre 1994. Danach haben sie sich dem Westniveau angeglichen.

Aber es gilt auch, dass ländliche Regionen grundsätzlich kinderreicher sind als große Städte, Gebiete mit einem höheren Anteil von Migranten höhere Geburtenzahlen haben als migrationsfreie, religiöse Menschen mehr Kinder haben als säkulare. International hat sich ein so genanntes demografisch-ökonomisches Paradoxon herausgebildet: Je wohlhabender, freier und gebildeter eine Gesellschaft ist, desto weniger Kinder bekommt sie.

Jahr	Geburten in Deutschland
1960	1.261.614
1970	1.047.737
1980	865.789
1990	905.675
2000	766.999
2001	734.475
2002	719.250
2003	706.721
2004	705.622
2005	685.795

Quelle: Berlin-Institut/destatis

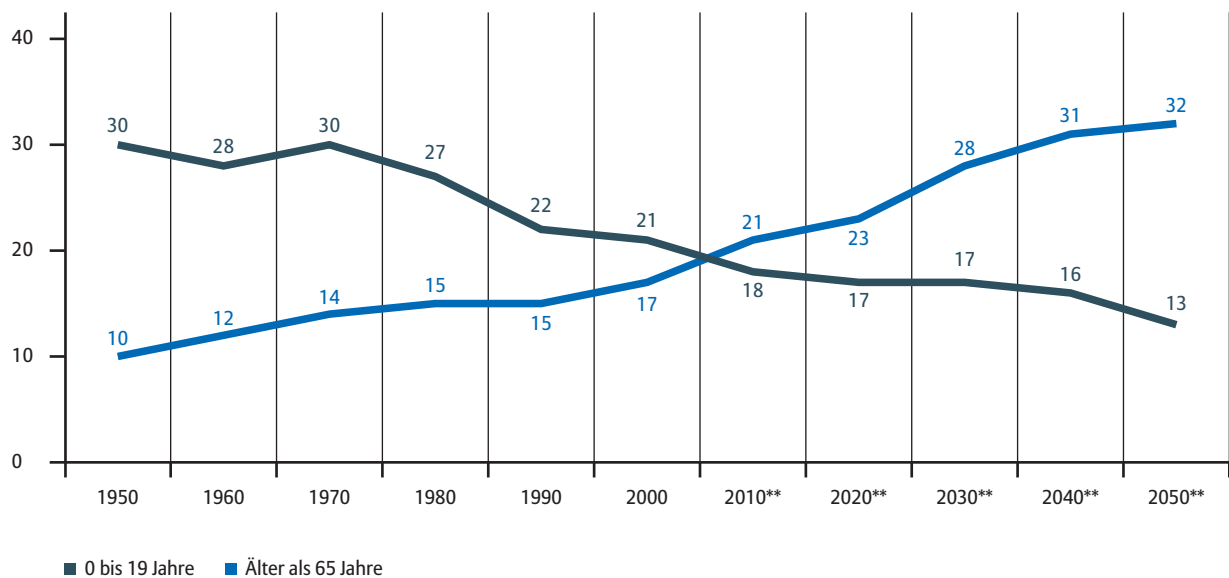


Die Lebenserwartung steigt

In den vergangenen 100 Jahren ist die Lebenserwartung nicht nur in Deutschland, sondern in fast allen entwickelten Industriestaaten um mehr als 30 Jahre gestiegen. Sie wird bis 2050 um weitere sechs Jahre zunehmen. Jeder Geburtsjahrgang kann mit einer zwei bis drei Monate längeren Lebenserwartung rechnen als der vorherige.

Im Jahr 2000 war der durchschnittliche Deutsche 39,9 Jahre alt, seine Lebenserwartung lag bei 79,8 Jahren. Bis zum Jahr 2040 wird das Durchschnittsalter in Deutschland auf 50,6 Jahre ansteigen und die dann verbleibende Lebenserwartung wird ebenfalls noch einmal zunehmen. Der Wiener Wissenschaftler Sergei Scherbov bringt das auf eine einprägsame Formel: Menschen, die heute mit 65 in Rente gehen, haben „etwa die gleiche Anzahl von Lebensjahren vor sich wie Menschen, die 2050 erst an ihrem 73. Geburtstag in Rente gehen“.

Alt schlägt Jung*



* Anteil an der Gesamtbevölkerung, Geburtenhäufigkeit konstant bei 1,4, mittlere Lebenserwartung, Zuwanderungssaldo 200.000.

** Schätzungsweise.

Angaben in Prozent.

Quelle: destatis, Spiegel Special; Stand: 2007

Das Statistische Bundesamt kalkuliert, dass ein heute geborener Junge eine Lebenserwartung von 82 bis 85 Jahren hat, ein Mädchen von 88 bis 91 Jahren. Manche Bevölkerungswissenschaftler rechnen sogar mit einer höheren Lebenserwartung von durchschnittlich 93 bis 94 Jahren zur Mitte des 21. Jahrhunderts. Medizinischer Fortschritt und bessere Arbeits- und Lebensbedingungen machen es möglich.

Die Folgen für die Alterspyramide in Deutschland sind dramatisch. Waren Anfang der sechziger Jahre nur 17 Prozent der Bevölkerung älter als 60, ist es heute bereits ein Viertel. Bis 2020 wird der Anteil der Menschen im Alter von 65 bis 79 noch einmal um fünf Prozent zunehmen, derjenige derer, die älter als 80 sind, sogar um 60 Prozent.

Der Demograf James W. Vaupel sieht keinen Grund dafür, dass der Anstieg der Lebenserwartung in absehbarer Zeit gebremst werden könnte, etwa weil es

unüberwindbare biologische Grenzen gebe. „Man weiß nicht, welche medizinischen Durchbrüche oder bahnbrechenden Innovationen aus der Genom- und Stammzellenforschung und der Nanotechnologie“ erhebliche Fortschritte etwa in der Behandlung von Krebs oder Herz-Kreislauf-Erkrankungen bringen werden. Vor 30 Jahren habe sich auch niemand vorstellen können, dass ein Bypass oder eine Nierentransplantation medizinische Routine würden.

Zuwanderung als Ventil

Bislang hat die Zuwanderung aus dem Ausland das Schrumpfen der Bevölkerung in Deutschland verhindert. In den 20 Jahren von 1983 bis 2003 kamen jährlich rund 200.000 Menschen mehr ins Land als auswanderten. Dabei sind die Spätaussiedler mitgezählt, deren Zuwanderung inzwischen deutlich zurückgegangen ist.

Das Statistische Bundesamt geht davon aus, dass die Zuwanderung langfristig sinken wird, auch deshalb, weil aus Osteuropa oder der Türkei immer weniger Menschen nach Deutschland kommen. Das ist so ziemlich das Gegenteil dessen, was nötig wäre. „Ein Volk, das so wenige Kinder bekommt, sollte sich Einwanderung wünschen“, sagt Rainer Münz, Forscher am Hamburger HWWI-Institut.

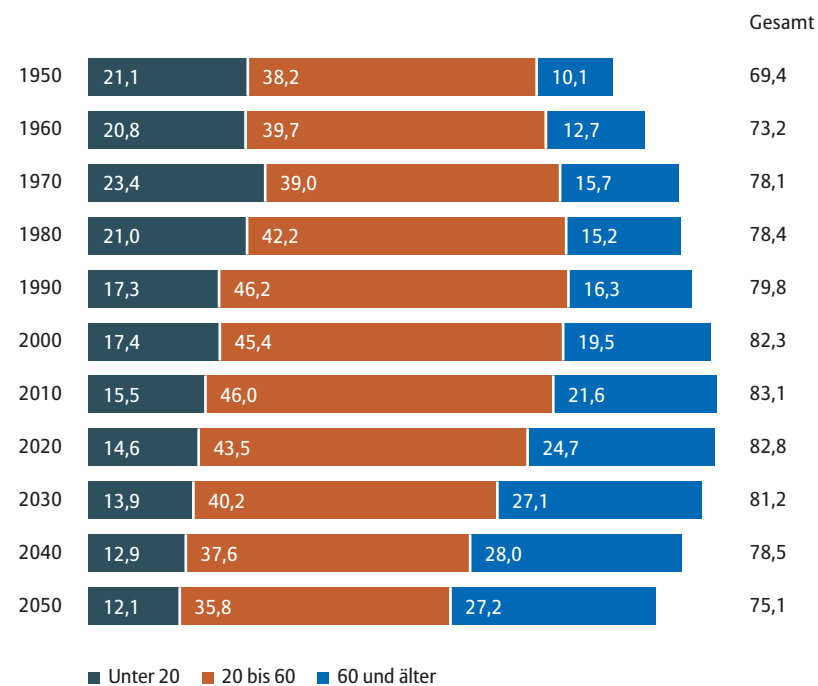
Zumal nicht nur das Geburtendefizit steigen wird, sondern erstmals im vergangenen Jahr mehr Deutsche das Land verlassen haben als zurückgekehrt sind.

In den nächsten Jahren ist der Bedarf angesichts der immer noch hohen Arbeitslosigkeit im Land nicht akut, doch schon um 2012 herum wird ein Arbeitskräftemangel deutlich werden. Dann gehen die ersten geburtenstarken Jahrgänge in Rente. Im Gesundheitswesen, bei den Ingenieuren, die heute schon über Nachwuchsmangel klagen, und in einigen Dienstleistungsbranchen werden dann Fachkräfte fehlen.

Um den Bevölkerungsschwund wettzumachen, müssten jährlich steigende Zahlen von Zuwanderern ins Land kommen, 2050 rund 600.000. Doch das ist wohl utopisch. Grundsätzlich aber könnten qualifizierte Ausländer zum Erhalt des Wohlstands und des Sozialsystems in Deutschland beitragen, meint HWWI-Chef Thomas Straubhaar. Die Zuwanderung müsste dafür aber stärker als heute nach ökonomischen Kriterien gesteuert werden, sagen Migrationsforscher. Gegenwärtig sei Deutschland eher in der Gefahr, in der weltweiten Konkurrenz um die besten Köpfe auf die Verliererseite zu geraten.

Dem soll ein neues Zuwanderungsrecht entgegenwirken. Dabei geht es vor allem darum, die Regeln für Fachkräfte, Spezialisten sowie erstklassige Studenten und Wissenschaftler zu verbessern. Deutschland müsse auch für die führenden Köpfe in der Wissenschaft wieder interessant werden, fordert etwa Wissenschaftsministerin Annette Schavan.

Entwicklung der Altersgruppen



Bevölkerung in Mio.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Stand: 2007

Die Folgen der Schrumpfkur

„Noch herrscht Ruhe vor dem Sturm“, beschreibt der Spiegel in einem Special mit dem Titel „Jung im Kopf“ die gegenwärtige Situation. Deutschland erlebe sogar eine „demografische Schönwetterperiode“. Denn die geburtenstarken Jahrgänge zwischen 1950 und 1970 sind noch erwerbstätig, während die heutige Rentnergeneration durch den Zweiten Weltkrieg ausgedünnt ist. Relativ viele Beitragszahler finanzieren also relativ wenige Leistungsempfänger.

Doch der Wind der Veränderung ist schon heute in den politischen und gesellschaftlichen Diskussionen zu spüren – siehe ZDF! Tatsächlich ist die Zeitenwende nicht weit entfernt. Schon 2010 gehen die ersten der geburtenstarken Jahrgänge in Rente, die so genannte ökonomische Alterslast von heute etwa einem Rentner pro zwei Beitragszahler wird sich dann auf ein Verhältnis von fast eins zu eins verschlechtern. 2010 – das ist, gemessen an den Zeitabschnitten, in denen die Demografen denken, quasi schon morgen!

Doch die Politiker reagieren nicht mit dem entsprechenden Tempo. Der massive öffentliche Protest darf zum Beispiel nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Beschluss der Bundesregierung, bis 2029 das Rentenalter schrittweise auf 67 Jahre anzuheben, dem Problem überhaupt nicht gerecht wird. Die OECD hat mittlerweile eine Untersuchung vorgelegt, die

zu viel dramatischeren Ergebnissen kommt: Würde man das Rentenalter adäquat mit der höheren Lebenserwartung verknüpfen, dürfte 2029 niemand vor seinem 70. Geburtstag in Rente gehen.

Tatsächlich wird er auch so lange gebraucht, betrachtet man die voraussichtliche Entwicklung des Arbeitsmarktes im gleichen Zeitraum. Im Gegensatz zu heute, wo über 50-Jährige in den Betrieben konsequent aussortiert werden, wird die demografische Entwicklung die Gesellschaft dazu zwingen, immer mehr ältere Arbeitnehmer zu beschäftigen, weil zu wenige junge nachwachsen. Die Zahl der Erwerbstätigen wird in den nächsten 20 bis 30 Jahren um rund acht Millionen schrumpfen.

Das bedeutet: 2035 müssen die arbeitenden Menschen knapp 15 Prozent mehr leisten, um die gleiche Menge an Konsum- und Investitionsgütern pro Kopf herzustellen wie 2010. „Weniger Leute werden mehr und bessere Arbeit leisten müssen“, prophezeit HWWI-Chef Straubhaar. Und der Wirtschaftsweise Bert Rürup sagt voraus: „Die Erhöhung der Produktivität ist die wohl wichtigste Antwort auf die demografische Herausforderung.“

Eine Antwort wohl, aber sicher noch nicht die ganze Lösung. Denn gelöst werden muss außerdem die nicht ganz einfache Verteilungsfrage. Heute erhalten die alten Versorgungsempfänger, also Rentner, Kranke, Pflegebedürftige,

einen bestimmten Teil vom Sozialprodukt, das im Wesentlichen über die Beiträge der Beschäftigten und über Steuern finanziert wird.

Dieser Teil wird dramatisch wachsen, weil die Gruppe der Empfänger dramatisch wächst, während die Anzahl derjenigen, die Beiträge und Steuern zahlen, dramatisch abnimmt. „Wir kriegen zwar ein größeres Sozialprodukt, aber die, die im Erwerbsprozess stehen, werden kaum mehr für ihren Konsum zur Verfügung haben“, sagt der Bevölkerungswissenschaftler Herwig Birg.

Es geht also um die Frage, wer in Zukunft von dem größeren Kuchen welches Stück abbekommt. Oder wie FAZ-Herausgeber Schirrmacher Statistiker zitiert: „Die Verteilungskämpfe der Zukunft werden um Rente und Altenheime ausgetragen.“

Allerdings glauben nicht wenige Wissenschaftler, dass diese Probleme auch politisch zu lösen sind: Wenn man den Arbeitsmarkt anders organisiert, mehr Frauen und Alte beschäftigt, die Sozialsysteme und deren Finanzierung reformiert, die Zuwanderungspolitik optimal den Interessen der Gesellschaft gemäß gestaltet, das Bildungssystem effizienter macht usw.

Wenn Deutschland die demografische Herausforderung wirklich meistern will, müssen die Menschen, die Politiker – und natürlich auch die Unternehmen – eine lange Agenda abarbeiten.





Auch die Welt verändert sich

Nicht nur Deutschland ist gefordert

Nahezu alle mit Deutschland vergleichbaren Staaten mit westlichem Lebensstil haben relativ geringe Geburtenraten und eine steigende Lebenserwartung. Aber in den westlichen Industriegesellschaften entwickelt sich die Bevölkerung sehr unterschiedlich. So erwartet etwa Großbritannien einen geringeren Rückgang der Bevölkerung, weil die Zuwanderung vergleichsweise hoch ist. Frankreich und die skandinavischen Staaten haben höhere Geburtenraten als Deutschland. Und in den USA wird die Bevölkerung auch in den kommenden Jahrzehnten zunehmen, weil es dort mehr Geburten und mehr Zuwanderung gibt als etwa in Deutschland.

Grundsätzlich aber ist die Alterung der Gesellschaft ein weltweites Phäno-

men. Die Weltbevölkerung wächst fast nur noch in den Entwicklungsländern, hohe Fertilitätsraten gibt es in den Ländern Zentralafrikas und des Mittleren Ostens, in Osteuropa liegen die Kinderzahlen dagegen auf dem niedrigsten Niveau weltweit.

Allerdings warnen die Vereinten Nationen seit einigen Jahren immer deutlicher davor, dass die Entwicklungsländer nicht nur einen Jugendboom erleben, sondern auch ein „age quake“, ein Altersbeben. Denn die Alterung geht dort sehr viel schneller vonstatten als in den klassischen europäischen Wohlfahrtsstaaten. Während es in Schweden etwa 84 Jahre dauerte, bis sich die Gruppe der über 65-Jährigen in der Gesellschaft verdoppelte, wird dies in Singapur innerhalb von 20 Jahren statt-

finden. Auch in China wird sich der Anteil dieser Altersgruppe in weniger als 30 Jahren verdoppeln, beschleunigt durch die offizielle Ein-Kind-Politik der Regierung.

Unterscheidet man diese Entwicklung aber nach Kontinenten, dann wird Europa wirklich „Old Europe“ sein, wie der ehemalige amerikanische Verteidigungsminister Donald Rumsfeld in ganz anderem Zusammenhang meinte. Denn auch 2025 liegt hier der Anteil der Menschen, die älter als 60 sind, mit 28 Prozent noch immer doppelt so hoch wie in der übrigen Welt. Von 100 Weltbürgern sind heute 11 Europäer; 2035 werden es nur noch 9, 2050 sogar nur noch 7 sein, wie das Institut für Wirtschaft und Gesellschaft in Bonn ausgerechnet hat.

Das Beispiel China

China vergeist schnell, dort sind heute schon weit mehr Menschen älter als 60, als Menschen in Deutschland leben. In den Großstädten wie Peking oder Shanghai übersteigt die Zahl der alten Leute längst die der Kinder unter 15 Jahren.

Auch China spürt längst die grundsätzlich positiven Wirkungen des steigenden Lebensstandards und der besseren medizinischen Versorgung der Bevölkerung. Mitte des vorigen Jahrhunderts lag die durchschnittliche Lebenserwartung bei 41 Jahren, inzwischen erreicht sie fast 70 Jahre. Auch in China verformt sich die Bevölkerungspyramide – zu einem Rechteck.

Bis 2020 werden rund 144 Millionen Chinesen älter als 60 Jahre sein, rund zehn Prozent der Bevölkerung. Bis 2040, so aktuelle Schätzungen, wird der Anteil der Alten auf rund ein Viertel der Gesamtbevölkerung anwachsen. Und Mitte des Jahrhunderts wird China endgültig ein Land der Methusalems sein, so „Spiegel Special“, denn dann werden mehr als 430 Millionen alte Menschen die Gesellschaft prägen.

Das könnte fatale Folgen haben. Kann das Land mit so vielen Menschen, die nach deutschem Ermessen das Rentenalter erreicht haben, seine wirtschaftliche Dynamik erhalten? Welche Auswirkungen hat eine solche Altersstruktur auf die politische Rolle Chinas in der Welt?

Eine dramatische Wirkung ist aber schon absehbar: Die Altersversorgung könnte kollabieren. Schon heute sind die

Pensionskassen unterfinanziert, viele Chinesen überhaupt nicht versichert. Im Prinzip sind die Sozialkassen genauso dringend auf ein wachsendes Sozialprodukt angewiesen wie in Deutschland – nur in anderen Dimensionen.

Das Beispiel Frankreich

Frankreich hat eine vorbildliche Kinderbetreuung und unter anderem deshalb auch eine höhere Geburtenrate als Deutschland, das ist eine weithin bekannte Tatsache. Daraus entstehen handfeste ökonomische Vorteile. Nach einer Modellrechnung des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln wird Frankreich bereits 2035 die führende europäische Wirtschaftsmacht sein und damit Deutschland in dieser Rolle abgelöst haben. Und zehn Jahre später wird das Nachbarland auch eine größere Bevölkerung haben als Deutschland.

In der Dekade nach 2025 werde die Wirtschaft in Frankreich doppelt so schnell wachsen wie die deutsche, sagen die Forscher voraus. Denn in Deutschland gehen in dieser Phase die geburtenstarken Jahrgänge in Rente und geburtenschwache folgen, so dass der Mangel an Arbeitskräften sich als Wachstumsbremse entpuppt.

Für Frankreich wäre das der Abschluss einer Entwicklung, die bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts zurückreicht, ja bis in den Zweiten Weltkrieg. Als die Deutschen 1940 Frankreich besetzt hatten, kapitulierte Marschall Pétain mit den Worten: „Zu wenig Kinder, zu wenig Waffen, zu wenig Verbündete: Wir sind besiegt.“ Im Laufe von 150 Jahren war die

zu Beginn des 19. Jahrhunderts geburtenstärkste Nation Europas zum Land mit der weltweit geringsten Geburtenrate geworden.

Im Frühjahr 1945 forderte Charles de Gaulle: „Frankreich braucht zwölf Millionen Babys“, und baute Familienhilfe und Kinderbetreuung massiv aus. Die Folge ist ein politisch organisiertes und finanziertes System, in dem jede französische Frau heute sicher sein kann, dass eine Geburt sie nicht aus der beruflichen Bahn wirft. In Frankreich sind Kinder nicht Privatsache, so die allgemeine Überzeugung, sondern Teil des öffentlichen Lebens, Familienförderung gilt als Gemeinschaftsaufgabe.

Die Betreuung der Kinder ist denn auch erstklassig: Fast jedes dritte Kind hat einen Platz in der Krippe, die Mehrzahl wird von professionellen Kinderfrauen betreut und vom dritten Lebensjahr bis zum Abitur gibt es Ganztagschulen. Keine Frau muss sich zwischen Kindern und Beruf entscheiden.

Obwohl Deutschland genauso viel für Familientransfers aufwendet wie Frankreich, nämlich drei Prozent des Sozialprodukts, sind die Ergebnisse völlig andere. Frankreich hat mit 1,9 Kindern pro Frau eine europäische Spitzenquote, 80 Prozent der Französisinnen mit zwei Kindern gehen einem Beruf nach, in Deutschland nur 60 Prozent. Und völlig anders als in Deutschland und in anderen westlichen Industriestaaten steigt der Kinderwunsch in Frankreich mit zunehmender Bildung und gehobener Berufsposition der Frauen.





Ist die Apokalypse unausweichlich?

Die Einstellung muss sich ändern

In den Chor der fatalistischen Zukunftsgesänge mischen sich immer häufiger Stimmen, die vor allzu negativen Prophezeiungen warnen. In der Diskussion über die demografischen Folgen dürfe Cassandra nicht länger die Hauptrolle spielen, sagt etwa der Düsseldorfer Berater Udo Nagolski. Man könne zwar bestimmte Entwicklungen voraussehen, aber „wenn Journalisten oder so genannte Demografieforscher Europa eine Verelendung wie in der Dritten Welt voraussagen, ist das nicht nur falsch, sondern auch verantwortungslos“.

Der Hamburger HWWI-Ökonom Straubhaar sieht sogar vielfältige Möglichkeiten, die demografisch bedingten Veränderungen für Wirtschaft und Gesellschaft durch Reformen auszugleichen: „Wir könnten mit Leichtigkeit die Erwerbsbeteiligung der Frauen in Deutschland gewaltig verbessern. Wir könnten alle bereits in Deutschland lebenden Menschen mit migrationspolitischem Hintergrund wesentlich besser in den Arbeitsprozess integrieren – vor allem die jungen Ausländer, die hier geboren sind. Wir könnten Ältere, die heute mit 50 kaum mehr in den Erwerbsprozess kommen, weiter

beschäftigen. Wir haben also für die nächsten 50 Jahre mit Garantie genug Menschen, die alle Arbeit erledigen können, die in diesem Land notwendig ist, um mehr Wachstum zu haben.“

Gelöst werden muss allerdings auch die Verteilungsfrage, also die Frage, wer welches Stück vom wachsenden Kuchen des Sozialprodukts abbekommt. Praktisch geht es darum, wie die Sozialsysteme finanziert werden (aus vielerlei Gründen immer weniger durch Beiträge auf das Arbeitseinkommen), welche Steuern von wem erhoben werden und welche Ausgaben der Staat tätigt.



Familie und Gesellschaft

Aber es geht nicht nur darum, staatliche Finanzen und Sozialsysteme auf die neuen Herausforderungen einzustellen. Verändern müssen sich bislang gängige Muster auch in den Familien, in den Unternehmen, beim Konsum und ganz sicher auch im Bildungssystem. Fast alle Gewohnheiten und Verhaltensweisen, die sich in einer mehr als 50-jährigen beispiellosen Entwicklung des industriellen Wohlfahrtsstaates herausgebildet haben, stehen auf dem Prüfstand.

Noch nie gab es so viele gesunde und leistungsfähige Menschen, die 60 Jahre alt sind, doch in Deutschland ist nur noch ein Drittel von ihnen berufstätig, weniger als in den meisten anderen Industrieländern. Einschlägige Untersuchungen zeigen sogar, dass sich schon die Altersgruppen ab dem 45. Lebensjahr durch einen gewissen „Jugendwahn“ in der Gesellschaft ins Abseits gedrängt fühlen. Ob in der Werbung, in der Freizeitgestaltung oder in den Medien, überall spielen die Älteren nur eine Nebenrolle – wenn überhaupt.

Dieses Bild – darüber sind sich die meisten Fachleute einig – muss sich drastisch ändern. Die Zielgruppe 45 plus stellt ein unübersehbares Potential dar, ob auf dem Arbeitsmarkt, als Konsumenten oder als politischer Faktor. Und dieses Potential wird dramatisch ansteigen, wie die demografische Entwicklung zweifelsfrei zeigt. Der grassierende Jugendwahn, daran besteht kein Zweifel, wird in den nächsten zehn Jahren enden – erste Veränderungen sind aber bereits heute zu erkennen.

Auch die Rolle und das Bild der Familie in der Gesellschaft werden sich drastisch verändern. Die Robert Bosch Stiftung hat den erforderlichen Wandel durch eine Kommission unter der Leitung des ehemaligen sächsischen Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf untersuchen lassen. Den Fachleuten war es wichtig, die demografischen Veränderungen nicht als negativ darzustellen.

Ihr Fazit: Wenn die Gesellschaft wieder mehr Kinder haben will, dann müssen sich nicht nur die ökonomischen Verhältnisse ändern, sondern

auch Wertvorstellungen, Rollenverständnis und gesellschaftliches Umfeld. Ganz wichtig sei es, Vorstellungen über Werdegänge und Berufsbiografien so zu erneuern, dass Frauen, aber auch Männer leichter als bisher Beruf und Familie vereinbaren können. Nur so sei eine höhere Erwerbsquote von Frauen zu erreichen.

Aber auch die ökonomischen Bedingungen bedürfen einer radikalen Korrektur. Die Erziehung eines Kindes sei mit dem Transfer eines kleinen Vermögens an den Fiskus und die Sozialsysteme verbunden, stellen die Kommissionsmitglieder fest. Das Steuer- und Sozialsystem diskriminiere Familien also erheblich.

Ihre zentralen Empfehlungen: Familien sollten steuerlich entlastet werden. Darüber hinaus gelte es, eine Rente einzuführen, die von der Zahl der Kinder abhängig ist. Außerdem sollte bei der Steuer ein Familiensplitting nach französischem Vorbild eingeführt werden, bei dem das Familieneinkommen nicht auf die Ehepartner, sondern auf die Familienmitglieder aufgeteilt wird.



Soziales und Arbeitsplätze

Genauso wichtig wie die Reform des Steuersystems ist auch eine grundlegende Neuausrichtung der Rentenversicherung. Dabei geht es nicht nur um die Finanzierung, die von den Arbeits-einkommen abgekoppelt werden muss, weil sie sonst immer stärker zu einer Strafsteuer wird. Genauso entscheidend ist es, der so genannten Generationengerechtigkeit mehr Aufmerksamkeit zu widmen.

Dazu gehört zunächst einmal, eine Rente einzuführen, die von der Zahl der Kinder abhängig ist, so die Kommission der Robert Bosch Stiftung. Des Weiteren aber, so die überwiegende Meinung der Fachleute, gilt es, die Altersgrenze nicht nur anzuheben, sondern vor allem auch flexibel zu gestalten. Ganz abgesehen davon, dass die gerade vom Gesetzgeber beschlossene Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre nicht ausreichend ist, gilt es auch, dieses Alter so weit wie möglich individuell zu gestalten. Es gibt viele Menschen in vielen Berufen, ob Professor, Arzt oder Computerfachmann, die heute länger arbei-

ten können und wollen, als es früher ein Bergmann, Stahlarbeiter oder Maurer konnte.

Das aber erfordert auch eine völlig neue Organisation der Arbeitswelt. Statt Menschen, die älter als 50 sind, sogar mit üppiger Alimentierung durch die staatliche Rentenversicherung aus dem Arbeitsprozess zu drängen, gilt es, sie mit ihrer Erfahrung produktiv einzubinden. Dass in Deutschland nur noch rund ein Drittel der 55- bis 64-Jährigen arbeitet, wie die Bertelsmann-Stiftung festgestellt hat, ist das Ergebnis von 20 Jahren Frühverrentung – und ein beispiellos niedriger Wert für Industriegesellschaften.

Doch schon in wenigen Jahren wird sich das ändern, dann werden ältere Arbeitskräfte gebraucht, weil die geburtenstarken Jahrgänge in Rente gehen. Um die Beschäftigung älterer Menschen zu fördern, müssen die Arbeitsbedingungen technisch, organisatorisch und personenbezogen angepasst werden. Um „gesund arbeiten bis ins Alter“ zu ermöglichen, müssen Betriebe Voraussetzungen schaffen, unter denen Menschen langfristig im Erwerbsleben bleiben können. Dann werden die heute noch seltenen Beispiele der Beschäftigung älterer Menschen rege Nachahmung finden.

Beispiele wie das von Brose, Hersteller von Fahrzeugteilen in Coburg, der schon vor einigen Jahren per Anzeige gezielt Mitarbeiter suchte, die älter als 45 waren. Oder des Zentralverbandes des Deutschen Kraftfahrzeuggewerbes, der seinen Mitgliedern empfahl, ältere Mitarbeiter im Verkauf einzusetzen. Deren Auftreten komme schließlich den Wünschen der ebenfalls älter werdenden Kunden entgegen.

Auch beim Autokonzern Daimler-Chrysler ist die „Aging Workforce“ längst ein Thema, denn das Durchschnittsalter der Mitarbeiter steigt bis 2012 von rund 41 Jahren (2003) auf etwa 45 Jahre an. Ältere akzeptieren häufig sogar auch Gehaltsabschläge, nur um einen Job zu bekommen oder zu behalten.

Eine zunächst sehr utopische erscheinende Strategie, Arbeit und Sozialkassen flexibler als bisher zu gestalten, ist der Vorschlag eines – je nach Standpunkt – „bedingungslosen Grundeinkommens“ oder „solidarischen Bürgergeldes“ den auch der Hamburger Ökonom Straubhaar befürwortet. Jeder Bürger bekäme danach vom Staat eine feste Summe ausbezahlt, unabhängig davon, ob er arbeitet und wie viel er verdient. Würden alle Sozialausgaben dafür umgewidmet, reichte das für 600 Euro im Monat, hat Straubhaar ausgerechnet.

Der Vorteil wäre zunächst, dass keine Sozialbürokratie mit 37 verschiedenen Anlaufstellen und 155 verschiedenen Sozialleistungen wie derzeit nötig wäre, sondern das Finanzamt das Grundeinkommen einfach über die Einkommenssteuer abrechnen könnte. Unabhängig vom sozialen Aspekt einer grundsätzlichen finanziellen Absicherung hätten die Menschen damit auch die Möglichkeit, wesentlich flexibler auf dem Arbeitsmarkt zu agieren. Götz Werner, Chef der Drogeriekette „dm“ und ein glühender Verfechter der Idee eines Grundeinkommens, betont dessen Vorteile für den Arbeitsmarkt: „Tatsächlich gibt es viel mehr Arbeit als Erwerbsarbeit. Neben der eigentlichen Hausarbeit sind das etwa Erziehung, Pflege, soziales Engagement, Kulturarbeit.“



Die zentrale Rolle der Bildung

In die Jungen investieren

Der dänische Soziologe Gösta Esping-Andersen bringt die Herausforderungen des demografischen Wandels in Industriestaaten wie Deutschland auf prägnante Formeln. „Gute Rentenpolitik beginnt mit Babys“, ist etwa eines seiner Schlagwörter. Im Europa der Nachkriegszeit hätten sich die Sozialpolitiker vorwiegend um die Alten gekümmert, um die damaligen Verlierer. „Heute, in alternden Gesellschaften, müssen wir lernen, in die Jungen zu investieren“, schreibt er den Politikern immer wieder ins Stammbuch.

Das heißt natürlich: Reformen der Sozialsysteme, bessere Bedingungen für Familien und berufstätige Frauen. Es heißt vor allem aber auch: mehr und bessere Bildung. Auch die Expertenkommission der Robert Bosch Stiftung misst der Bildung eine zentrale Rolle für die Entwicklung der Gesellschaft

bei. Und Bundespräsident Horst Köhler sagte in einer Rede zum Thema Bildung: „Bildungschancen sind Lebenschancen. Es gibt nur eines, was teurer ist als Bildung – keine Bildung.“ Die jüngste Shell-Jugendstudie aus dem Jahre 2006 schließlich belegt, dass diese Erkenntnis auch bei den jungen Menschen angekommen ist. Immer mehr Jugendliche in Deutschland, so ein Ergebnis der Umfrage, sehen in guter Bildung und Ausbildung den Schlüssel für ein schönes Leben.

Und sie haben Recht damit. Denn völlig unabhängig von demografischen Entwicklungen und deren Folgen wird Bildung für reife Industriestaaten wie die Bundesrepublik eine immer wichtigere, wenn nicht sogar die wichtigste Ressource für ökonomischen und gesellschaftlichen Fortschritt. Der renommierte Zukunftsforscher Matthias Horx schreibt in einer Studie seines

Kelkheimer Zukunftsinstituts: „Wissen wird zur Produktivkraft Nummer 1.“

Das gilt natürlich ganz besonders für alternde und schrumpfende Gesellschaften. Denn wenn die Zahl der Erwerbsfähigen abnimmt und ihr Durchschnittsalter steigt, dann ist Bildung ein wesentlicher Faktor, um die Produktivität zu erhöhen und Arbeitsbedingungen zu schaffen, die eine längere Erwerbstätigkeit möglich machen.

Den Wandel zur Wissensgesellschaft haben Horx und seine Experten als einen der bestimmenden Trends des 21. Jahrhunderts ausgemacht, der durch die Globalisierung noch deutlich verstärkt wird. Nur jene Staaten und Unternehmen, die sich rechtzeitig darauf einstellen, werden langfristig ihren Wohlstand halten oder vermehren können. Horx: „Bildung wird zur Schlüsselressource sozialen und wirtschaftlichen Fortschritts.“

Die Folgen sind deshalb auch klar abzusehen: „Ging es früher darum, etwas zu produzieren, geht es künftig um das Verändern, Verbessern und Erfinden“, so Horx. Der ferne Osten – also China, Indien und die anderen aufstrebenden Staaten dieser Region – wird sich bis 2050 zu einer zentralen Wirtschaftsmacht entwickeln, die industriellen Arbeitsplätze werden weitgehend dorthin abgewandert sein.

Darauf gibt es grundsätzlich nur zwei mögliche Reaktionen von Industriestaaten wie Deutschland. Man kann die Globalisierung anhalten oder rückgängig machen – eine naive Utopie. Oder man kann eine Wirtschaft entwickeln, deren heißer Kern nicht mehr aus Produktion besteht, sondern aus Innovation, Design und Dienstleistungen.

Eine solche von den demografischen Bedingungen zunächst völlig unabhängige Entwicklung hat aber auch Folgen für die Lebensphasen der aktiven Arbeit und der Rente. Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit auf 67 lässt Horx denn auch nur schmunzeln. Arbeiten solle jeder, solange es geht, denn „in einer Wissensgesellschaft wissen doch erst die 60-Jährigen, wie es geht.“

PISA und andere Versäumnisse

Die Voraussetzungen für einen solchen Strukturwandel von Wirtschaft und Gesellschaft waren allerdings in Deutschland bisher nicht besonders gut. Einer breiten Öffentlichkeit wurde das durch die berühmte PISA-Studie bewusst. In der Folge bestätigten weitere Studien die negativen PISA-Ergebnisse:

Staaten wie Finnland, England, Schweden, Norwegen oder Dänemark, aber auch Korea, das in den sechziger Jahren das Bruttoinlandsprodukt von Afghanistan hatte, rangieren vor Deutschland, das im hinteren Drittel der OECD-Staaten landet. Neben dem schlechten Gesamtergebnis fällt auf, dass in Deutschland die soziale Herkunft stärker als in jedem anderen Land über Bildungschancen entscheidet.

Lange vor dieser Studie hatten jedoch Experten wie Esping-Andersen den Deutschen attestiert, dass sie gerade Tüchtigen mit dem „falschen Elternhaus“ wenig Chancen bieten. Das aber wird immer wichtiger, denn nur wenn

Deutschland das vorhandene Potential an „human capital“ auch nutzt, wird es im internationalen Wettbewerb bestehen können. Schließlich folgen Länder wie China oder Indien längst dem Beispiel Koreas.

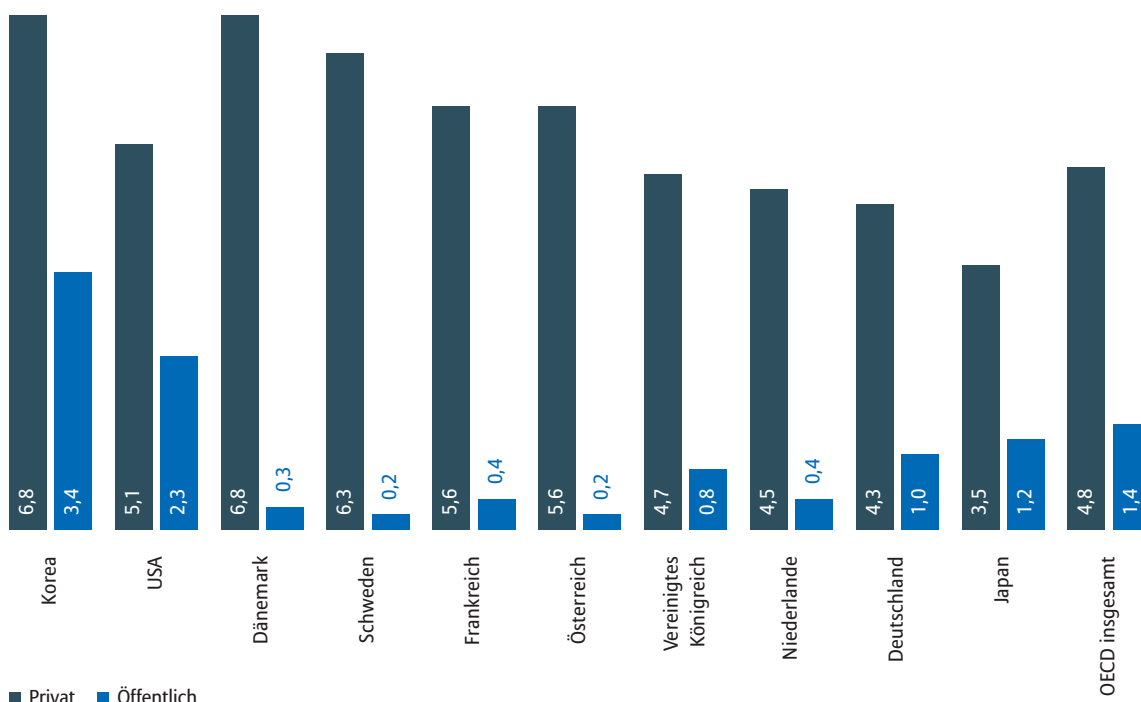
Ihr Wettbewerbsvorteil wird immer weniger geringe Qualifikation zu geringen Kosten sein, sondern mehr und mehr Spitzenqualifikation, die sich auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar macht. Nach Analysen des Zukunftsinstituts in Kelkheim werden 2010 in China mehr junge Menschen in naturwissenschaftlichen Fächern promovieren als in den USA. Und Indiens Universitäten bringen jährlich 250.000 Ingenieure hervor, das Vierfache der USA.

Doch der tertiäre Sektor ist nur eine Facette des Problems. Genauso wichtig für das Wissenspotential in hoch entwickelten Industriestaaten ist die frühkindliche und schulische Bildung. Überall aber investiert Deutschland zu wenig in seine Jugend. Mit 5,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts bleiben die Investitionen in deutsche Bildungsinstitutionen hinter dem OECD-Durchschnitt von 6,2 Prozent zurück.

Nicht nur im Primär- und Sekundärbereich I wird in Deutschland weniger ausgegeben als im OECD-Durchschnitt, sondern auch an den Hochschulen wird pro Student nur halb so viel wie in den USA investiert. Auch stiegen die Bildungsausgaben in Deutschland in den vergangenen Jahren in wesentlich geringerem Maße als im Durchschnitt der OECD. Deutschland ist im internationalen Ranking zurückgefallen, weil andere Staaten sehr viel mehr der Devisen gefolgt sind, in die Jungen zu investieren.



Bildungsausgaben im Verhältnis zum BIP 2001



Angaben in Prozent.
Quelle: Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie (FiBS); Stand: 2007

Deutschland fällt zurück

Die Entwicklung lässt sich leicht mit Zahlen belegen: Im Durchschnitt der OECD beginnt mehr als die Hälfte eines Jahrgangs eine akademische Ausbildung, in Australien, Schweden oder Finnland sind es sogar mehr als 70 Prozent, stellt Andreas Schleicher, Mitarbeiter der OECD in Paris, fest, der unter anderem die PISA-Studien leitet. In Deutschland sei eine Hochschulabsolventenquote von 42 Prozent als Ziel ausgegeben, das aber noch in weiter Ferne liege. Die tatsächliche Quote der Hochschulabsolventen erreichte 2004 gerade einmal 20,6 Prozent, verglichen mit einem OECD-Durchschnitt von 34,8 Prozent.

In vielen Staaten könne man zudem von einem grundlegenden Richtungswechsel in der Bildungspolitik sprechen, so Schleicher, weg von der traditionellen Ausbildung für einen bestimmten Beruf und den Arbeitsmarkt, hin zu einer weiterführenden Bildung, die einen flexiblen Umgang mit dem gesellschaftlichen und sozialen Wandel ermöglicht. Deutschland hat also nicht nur einen

quantitativen Nachholbedarf, sondern auch einen qualitativen.

Und das ist ganz besonders bitter, denn es gibt weltweit einen steigenden Bedarf an Hochqualifizierten. Staaten wie Australien, Dänemark, Frankreich, Korea oder England haben nicht etwa ein akademisches Proletariat herangezogen, wie hierzulande vielfach befürchtet, sondern ganz im Gegenteil gilt laut Schleicher: Die meisten Staaten mit einem besonders stark steigenden Anteil an 25- bis 64-Jährigen mit tertiären Abschlüssen haben sinkende Arbeitslosenquoten und steigende Einkommensvorteile der Hochqualifizierten.

Gefordert ist heute immer weniger der klassische Spezialist, der auch von der gelobten Berufsausbildung in Deutschland hervorgebracht wird, sondern der Generalist, der über Betriebs-, Branchen-, Tätigkeits- und Ländergrenzen hinweg arbeiten kann. Schleicher: „Es braucht also Leute, die über ein gutes und ständig ausbaubares Grundwissen verfügen und die in der Lage sind, sich rasch in neue Arbeitsgebiete

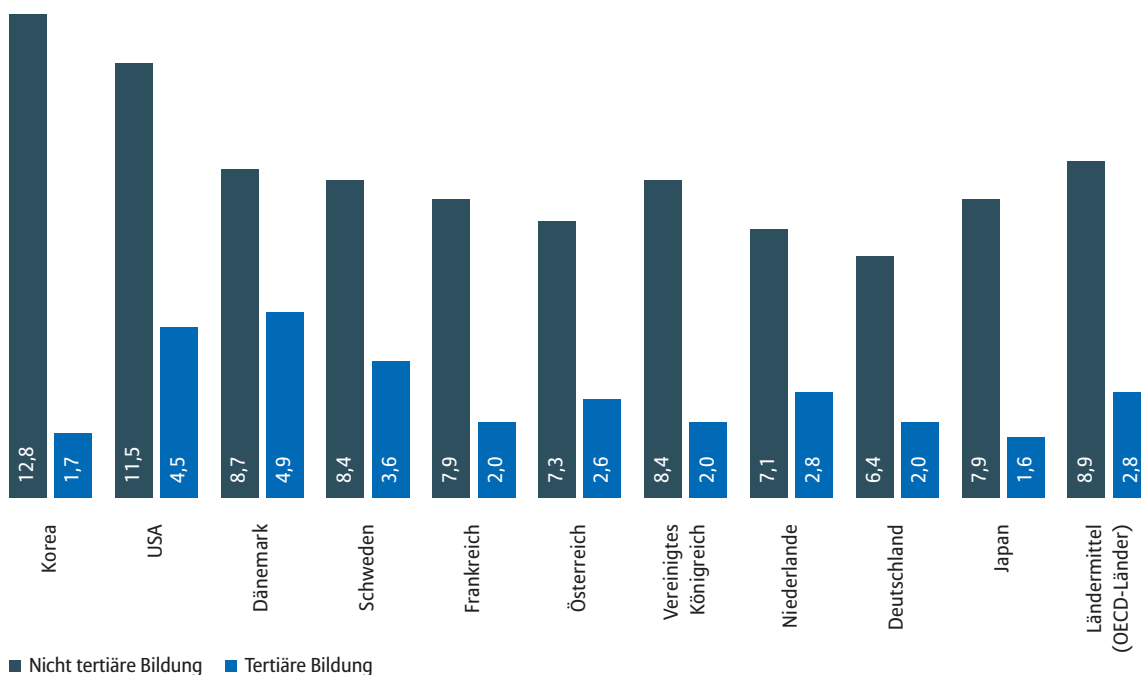
einzuarbeiten.“ Etwa den Computer-spezialisten, der in der Pharmabranche daran arbeitet, neue Medikamente zu entwickeln.

Demografie als Chance

Die Herausforderungen, vor denen Deutschland steht, sind also groß. Allerdings bietet die demografische Entwicklung der nächsten Jahre und Jahrzehnte auch eine Chance, die es zu nutzen gilt. So wird sich die Zahl der Schüler von heute rund zwölf Millionen in den nächsten 15 Jahren auf nur noch zehn Millionen reduzieren. Dadurch fallen die öffentlichen Ausgaben für die Schulen 2020 real um 11,5 Milliarden Euro niedriger aus.

Die Robert Bosch Stiftung kommt in ihrer Untersuchung sogar zu dem Ergebnis, dass in den nächsten 14 Jahren 80 Milliarden Euro eingespart werden können, weil die Zahl der Schüler abnimmt. „Rechnet man allgemeine Preis- und Lohnsteigerungen hinzu, dann beläuft sich der Betrag sogar auf annähernd 100 Milliarden Euro“, stellt

Anteil der Bildungsausgaben am Gesamthaushalt 2001



Angaben in Prozent.
Quelle: Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie (FiBS); Stand: 2007

die Studie „Demographie als Chance“ fest. Dieses Potential könnte für eine bessere Schulbildung genutzt werden.

Das ist auch dringend nötig, um die frühkindliche Bildung bereits in den Kindergärten und zudem die schulische Bildung zu verbessern. Allerdings ist Geld auch in diesem Zusammenhang nicht alles, wie ein Vergleich mit anderen Ländern zeigt. So sind die Verwaltungsausgaben der Schulen und die Gehälter der Lehrer in Deutschland im internationalen Vergleich Spitze. Trotzdem sind die Klassen relativ groß und mit mehr Geld ist nicht unbedingt ein besserer Unterricht gewährleistet.

„In den einschlägigen Studien schneiden Länder mit wenig Geld, gemessen am Durchschnitt, relativ gut ab“, sagt Professor Manfred Prenzel, der das deutsche PISA-Konsortium leitet. Ganz vorn dabei ist Finnland, das führende Land in allen Bildungsstudien. Dort verdient ein Lehrer ein Drittel weniger als in Deutschland, der Beruf hat allerdings ein hohes Sozialprestige.

Lebenslanges Lernen als Ziel

Was im frühkindlichen Alter beginnt, das wird in der alternden und schrumpfenden Gesellschaft der Zukunft bis ins hohe Alter fort dauern müssen. Lebenslanges Lernen ist die Devise für hoch entwickelte Länder, die sich im globalen Wettbewerb behaupten wollen. „Man muss dringend den Zusammenhang von Bildung und Demografie im Bezug auf die alternde Erwerbsgesell-

schaft und Belegschaft erkennen“, sagt Andreas Storm, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung.

- Nur wenn die soziale Herkunft bei der Schulbildung keine Rolle mehr spielt, wird das Potential der Jugend optimal ausgeschöpft. Insbesondere das der Menschen mit Migrationshintergrund, die angesichts der schrumpfenden Erwerbsbevölkerung dringend gebraucht werden.
- Nur wenn die Zahl der Hochqualifizierten und Flexiblen steigt, wird die Wirtschaft die Produkte und Dienstleistungen anbieten können, mit denen sie auf den Weltmärkten Erfolg hat.
- Nur wenn die Alten bereit sind, sich fortlaufend weiterzubilden, werden sie auch in einem Alter, das heute zur Rente berechtigt, noch am produktiven Prozess teilnehmen können.
- Nur wenn alle zusammen das Potential von Bildung und Wissen viel besser als heute nutzen, wird die Volkswirtschaft die Produktivitätsfortschritte erreichen können, die nötig sind, um in einer alternden Gesellschaft Wohlstand und Sicherheit zu gewährleisten.

Was das im Einzelnen bedeuten kann, untersucht etwa eine Arbeitsgruppe an der Universität Leopoldina in Frankfurt an der Oder unter dem Studientitel „Chancen und Probleme einer alternden Gesellschaft – die

Arbeitswelt und lebenslanges Lernen“. Das Projekt ist zunächst bis Ende 2008 terminiert. Wichtige Fragen sind etwa, wie sich die Produktivität in der alternenden Gesellschaft entwickeln wird und wie Unternehmen auf die Herausforderungen reagieren können.

Matthias Horx benennt den grundlegenden Trend: Die einfachen industriellen Jobs werden von der Globalisierung bedroht. Und er fragt: „Sollten wir nicht unsere Arbeitsformen, unsere Wertschöpfung weiterentwickeln? Deutschland könnte sich wie die skandinavischen Länder in eine Hochbildungsgesellschaft, eben in eine Wissensgesellschaft verwandeln.“

Das aber heißt auch: Die klassischen Arbeitsbiographien von Menschen, die ihr Leben lang im Betrieb bleiben, wird es nicht mehr geben. Stattdessen werden Arbeitsverträge an Lebenssituationen angepasst. Sie werden beruflich kürzer treten, wenn sie eine Familie gründen, aber in anderen Lebensphasen mehr arbeiten.

Es gilt, sagt Horx, einen gesellschaftlichen „New Deal“ zu schließen, also für einen Interessenausgleich zwischen Mitarbeitern und Unternehmen zu sorgen. Unternehmen müssen interessante Angebote entwickeln, denn mit unmotivierten Mitarbeitern werden sie nicht erfolgreich sein. Sie werden Gesundheits- oder Kinderbetreuungsprogramme anbieten, Rentenverträge, die das Anrechnen von Arbeitszeitkonten ermöglichen, oder Weiterbildungsprogramme.



Beispiele für den Umgang mit „Alten“



Demografie-Beauftragte in Bielefeld

Als erste Stadt in Deutschland beschäftigte Bielefeld eine Demografie-Beauftragte. Eine Soziologin wurde angestellt, um der Verwaltung zu helfen, Wohnungsbau und Verkehr, Bildung, Kinder- und Altenbetreuung auf die künftigen Anforderungen auszurichten. Denn die Bevölkerungszahl der ostwestfälischen Stadt wird von heute rund 330.000 Einwohnern bis 2050 nach einschlägigen Berechnungen auf 280.000 sinken.

Schulen, Schwimmbäder und Kindergärten müssen möglicherweise geschlossen, Straßen oder Bahnlinien gar nicht gebaut werden. Die Stadt muss schon heute möglichst genau planen, um sich keine kostspieligen Fehlinvestitionen zu leisten. Auf der Agenda stehen denn auch Aufgaben wie die Integration von Zuwanderern, die familiengerechte Organisation von Behörden und Bauten, altengerechte Wohnungen oder Hochschulen, die für junge Leute interessant sind und sie anlocken.

Probleme wie Bielefeld werden viele Städte und Gemeinden bekommen, vornehmlich auch in Ostdeutschland. Denn die Demografen sind sich weitgehend einig, dass die Ost-West-Wanderung in Deutschland weitergehen und sich verstärken wird. Sie prophezeien zudem eine Konzentration in einigen prosperierenden Ballungsgebieten. Hamburg, Baden-Württemberg, Bayern oder Berlin werden wachsen, das Saarland, Mecklenburg-Vorpommern oder Sachsen-Anhalt werden schrumpfen.

Kleinstädte und ländliche Regionen könnten sich also in den nächsten 50 Jahren vollständig entvölkern. Gefragt ist dann nicht mehr nur eine neue Organisation kommunaler Einrichtungen, sondern manchmal sogar die Renaturierung ganzer Gegenden.

Die Bertelsmann Stiftung hat in einer „Aktion Demographischer Wandel“ eine Sammlung von guten Beispielen für Projekte zusammengestellt, die Kommunen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels begonnen

haben. Sie reichen von innovativen Ansätzen bei der Planung der künftigen Infrastruktur bis zu Fragen, wie das Zusammenleben der Generationen verbessert werden kann (www.demographiekonkret.aktion2050.de). Gemeinsam mit dem Bundesinnenministerium hat die Stiftung auch einen Wettbewerb durchgeführt, der sich mit der Zuwanderung beschäftigt: „Erfolgreiche Integration ist kein Zufall“ ist der Titel.

Die Initiative 50plus

Im September 2006 hat die Bundesregierung die Initiative 50plus gestartet. Ziel ist es, Menschen über 50 Jahre wieder in den Arbeitsprozess einzugliedern, aber auch dazu beizutragen, dass Menschen in diesem Alter länger arbeiten. Dabei geht es auch darum, die von der EU beschlossene Erwerbsquote von mindestens 50 Prozent bei dieser Altersgruppe zu erreichen. 2005 lag diese Quote in der EU bei rund 44 Prozent, in Deutschland bei gut 45 Prozent.



Im März 2007 waren zwar immer noch mehr als eine Million Menschen über 50 arbeitslos, doch das waren 180.000 weniger als ein Jahr zuvor. Neben dem allgemeinen Rückgang der Arbeitslosigkeit greifen offenbar die politischen Instrumente.

Zunächst einmal wurden die jahrelang gewährten Anreize für eine Frühverrentung deutlich eingeschränkt. Um die Wiedereingliederung älterer Arbeitsloser zu erleichtern, bieten die Arbeitsagenturen einen Kombilohn an. Ältere Arbeitslose, die eine Beschäftigung mit einem niedrigeren Nettolohn als in ihrem früheren Job annehmen, bekommen einen Ausgleich für die Lohneinbußen. Außerdem erhalten Unternehmen, die ältere Arbeitslose einstellen, einen Zuschuss.

In Hamburg wurde das Programm in die regionale Initiative „mitnmang“ integriert. Bis zum März 2007 konnten damit bundesweit mehr als 64.000 ältere Arbeitssuchende aktiviert und mehr als 12.000 Arbeitslose wieder in einen Job

gebracht werden. Angesichts der allgemein guten Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zeichnet sich auch eine Trendwende bei älteren Arbeitnehmern ab.

Senioren im Feuerwehr-Einsatz

Die Bonner Firma SES (Senior Experten Service) bietet eine außergewöhnliche Dienstleistung. Fachkräfte im Ruhestand arbeiten als Nothelfer rund um den Erdball – aber auch immer häufiger im deutschen Mittelstand. Unternehmen in Not erhalten sofortige Beratung von den gut 7.000 Senioren – kostenlos, nur Spesen werden berechnet.

Solche Senioren-Einsätze werden immer beliebter, auch Konzerne wie Bosch oder Siemens nutzen das Potential ihrer Fachkräfte auf dem Altenteil. Die Senioren sind topfit und voller Tatendrang, sie freuen sich, wenn sie noch gebraucht werden. Bei Bosch etwa kann sich jeder ehemalige Mitarbeiter melden, vom Arbeiter bis zum Spitzenmanager. Er wird dann Mitarbeiter des Bosch

Management Support (BMS), der ehemalige Angestellte bei Bedarf an Bosch-Werke im In- und Ausland vermittelt. Sie bekommen dann ein Tageshonorar, doch das ist für die meisten nicht das wesentliche Motiv.

Was in Deutschland noch den Charakter von Pionierarbeit besitzt, ist in den USA schon gang und gäbe. An einer gemeinsamen Website beteiligen sich der Pharmakonzern Eli Lilly, der Konsumgüterkonzern Procter & Gamble oder der Flugzeugbauer Boeing. Rüstige Rentner bieten dort ihre Dienste an, die natürlich auch jede andere Firma nutzen kann.

In Deutschland hat ein Mannheimer Start-up-Unternehmer die Idee vor einem Jahr aufgegriffen. In seiner unabhängigen Datenbank haben sich bereits über 1.000 ehemalige Führungskräfte eingetragen, die gern mit ihrer Erfahrung zu Diensten sind. Sie sind hoch qualifiziert und immer bereit, ihre Rente mit ein paar Beraterjobs aufzubessern.

Literatur

Berlin-Institut
für Bevölkerung und Entwicklung:
Die demografische Lage der Nation,
Deutscher Taschenbuch Verlag.

Frank Schirrmacher:
Das Methusalem-Komplott,
Wilhelm Heyne Verlag.

Herwig Birg:
Die demographische Zeitenwende,
Verlag C. H. Beck.

Herwig Birg:
Die ausgefallene Generation,
Verlag C. H. Beck.

Meinhard Miegel:
Die deformierte Gesellschaft,
Propyläen Verlag.

Meinhard Miegel:
Epochenwende.
Gewinnt der Westen die Zukunft?,
Propyläen Verlag.

Elisabeth Niejahr:
Alt sind nur die anderen,
Fischer Taschenbuch Verlag.

Matthias Horx:
Wie wir leben werden,
Campus Verlag.

Horx et. al.:
Global Trends Monitor,
Zukunftsinstitut Kelkheim.

Spiegel Special:
Jung im Kopf.
Die Chancen der alternden Gesellschaft,
Spiegel-Verlag.



E-mail to

jon@dbd.com

Subject

Sales

C.C.

sam@dbd.com

Weiterführende Links*

www.forum-demographie.de
Umfangreiches Datenmaterial zu
Ursachen und Folgen des demografi-
schen Wandels.

www.zdwa.de
Zentrum für demografischen Wandel
mit nationalen und internationalen
Informationen.

www.bmas.bund.de
Broschüre „Gute Aussichten für Ältere“
mit Beispielen, wie ältere Arbeitslose
wieder einen Job bekommen.

www.zukunftsinstitut.de
Think-Tank mit vielen Studien zu künf-
tigen Entwicklungen in Wirtschaft und
Gesellschaft.

www.berlin-institut.org
Online-Handbuch zum Thema
Bevölkerung, weitere Studien, Diskus-
sions- und Hintergrundpapiere.

* Für den Inhalt der Seiten ist die
Euler Hermes Kreditversicherungs-AG
nicht verantwortlich.

Anhang

In der Reihe „Wirtschaft Konkret“ sind außerdem erschienen:

Schutz vor Forderungsausfall

Nr. 100	Liefern unter Vorbehalt – Wie Unternehmen ihre Eigentumsrechte durchsetzen können
Nr. 103*	Vertrauen durch Transparenz – Internationale Standards der Rechnungslegung
Nr. 104*	Im sicheren Hafen – Die richtige Finanzierung für hohe Risiken im Auslandsgeschäft
Nr. 105	Auf der sicheren Seite – Der richtige Schutz vor Forderungsausfall und seinen Folgen

Avale

Nr. 201	Sicherheiten im Baugeschäft – Wie sich Auftraggeber gegen Ausfälle und Mängel schützen
----------------	--

Schutz vor Veruntreuung

Nr. 301*	Ein sicheres Netz – Computerrisiken sind Chefsache
Nr. 302	Gewappnet für den Ernstfall – Rechtzeitige Vorsorge ist ein guter Schutz gegen Vertrauensschäden

Allgemeine Themen

Nr. 401	Zensuren für die Firma – Rating setzt sich auch in Deutschland durch
Nr. 404	Erfolgreich neue Märkte erobern – Worauf es bei der Expansion ins Ausland wirklich ankommt
Nr. 412*	Wissen richtig managen – Das Know-how der Mitarbeiter ist das Kapital für künftigen Erfolg
Nr. 414	Ursachen von Insolvenzen – Gründe für Unternehmensinsolvenzen aus der Sicht von Insolvenzverwaltern
Nr. 416	Fair Trade und Umwelt – Handel(n) ohne Grenzen
Nr. 418	Rettung aus der Insolvenz – Chancen, Barrieren und die besondere Rolle von Private Equity
Nr. 419	Der Charakter der Wissensgesellschaft – Möglichkeiten, Herausforderungen, Grenzen
Nr. 420	Leben versus Arbeiten? – Arbeitsmodelle der Zukunft

* Nur im Internet abrufbar.

Diese Broschüren liegen als Druckstücke nur unter Vorbehalt vor. Zu beziehen über Euler Hermes Kreditversicherungs-AG, Hamburg. Alle Ausgaben sind auch im Internet verfügbar unter www.wirtschaftkonkret.de

Euler Hermes
Kreditversicherungs-AG
Friedensallee 254
22746 Hamburg
Tel. + 49 (0) 40/88 34-0
Fax + 49 (0) 40/88 34-77 44
info.de@eulerhermes.com
www.eulerhermes.de

Sie finden uns ganz in Ihrer Nähe

Hauptverwaltung

22763 Hamburg
Friedensallee 254
Postanschrift
22746 Hamburg
Tel. +49 (0) 40/88 34-0
Fax +49 (0) 40/88 34-77 44
info.de@eulerhermes.com

Niederlassungen und Geschäftsstellen

12435 Berlin
An den Treptowers 1
Tel. +49 (0) 30/20 28 43-00
Fax +49 (0) 30/20 28 43-01
nl.berlin@eulerhermes.com

33602 Bielefeld
Zimmerstraße 8
Tel. +49 (0) 5 21/9 64 56-0
Fax +49 (0) 5 21/9 64 56-50
gs.bielefeld@eulerhermes.com

28195 Bremen
Martinistraße 34
Tel. +49 (0) 4 21/1 65 97-0
Fax +49 (0) 4 21/1 65 97-49
gs.bremen@eulerhermes.com

44137 Dortmund
Westfalen-Center
Lindemannstraße 79
Tel. +49 (0) 2 31/1 82 99-0
Fax +49 (0) 2 31/1 82 99-99
gs.dortmund@eulerhermes.com

01129 Dresden
Riesaer Straße 7
Tel. +49 (0) 3 51/8 53 77-0
Fax +49 (0) 3 51/8 53 77-10
gs.dresden@eulerhermes.com

40472 Düsseldorf
Kanzlerstraße 4
Tel. +49 (0) 2 11/9 65 76-0
Fax +49 (0) 2 11/9 65 76-99
gs.duesseldorf@eulerhermes.com

60311 Frankfurt
Große Gallusstraße 1–7
Tel. +49 (0) 69/13 48-0
Fax +49 (0) 69/13 48-1 70
nl.frankfurt@eulerhermes.com

79100 Freiburg
Rehlingstraße 6e
Tel. +49 (0) 7 61/4 00 79-0
Fax +49 (0) 7 61/4 00 79-50
gs.freiburg@eulerhermes.com

20251 Hamburg
Straßenbahnring 11
Tel. +49 (0) 40/2 36 36-0
Fax +49 (0) 40/2 36 36-1 66
nl.hamburg@eulerhermes.com

30159 Hannover
Georgstraße 36
Tel. +49 (0) 5 11/3 64 01-0
Fax +49 (0) 5 11/3 64 01-70
nl.hannover@eulerhermes.com

50672 Köln
Hohenzollernring 31–35
Tel. +49 (0) 2 21/9 20 60-0
Fax +49 (0) 2 21/9 20 60-1 59
nl.koeln@eulerhermes.com

04157 Leipzig
Landsberger Straße 23
Tel. +49 (0) 3 41/9 08 23-0
Fax +49 (0) 3 41/9 08 23-10
gs.leipzig@eulerhermes.com

68259 Mannheim
Hauptstraße 161
Tel. +49 (0) 6 21/1 29 05-0
Fax +49 (0) 6 21/1 29 05-99
gs.mannheim@eulerhermes.com

80339 München
Ridlerstraße 35
Tel. +49 (0) 89/5 43 09-0
Fax +49 (0) 89/5 43 09-1 66
nl.muenchen@eulerhermes.com

90429 Nürnberg
Spittlertorgaben 3
Tel. +49 (0) 9 11/2 44 05-0
Fax +49 (0) 9 11/2 44 05-30
gs.nuernberg@eulerhermes.com

66111 Saarbrücken
Bahnhofstraße 80
Tel. +49 (0) 6 81/3 89 96-0
Fax +49 (0) 6 81/3 89 96-99
gs.mannheim@eulerhermes.com

70597 Stuttgart
Löffelstraße 44
Tel. +49 (0) 7 11/9 00 49-0
Fax +49 (0) 7 11/9 00 49-70
nl.stuttgart@eulerhermes.com

Exportkreditgarantien des Bundes Büro Berlin

10117 Berlin
Friedrichstadt-Passagen
Quartier 205
Friedrichstraße 69
Tel. +49 (0) 30/20 94-53 10
Fax +49 (0) 30/20 94-53 30
aga-berlin@eulerhermes.com